

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16
Wustertshausener Str. 15 (Redakteur: C. Pittner)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit monatl. Beilage „Die Sanitätsmühle“ 6 Mk.

Arbeiter, Angestellte, Techniker und Beamte bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden!

Die unterzeichneten Verbände haben sich für ihre bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten Mitglieder zu einer

Freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Kommunalen Arbeitnehmers (Faka)

zusammengeschlossen. Die Einheitsfront der kommunalen Hand- und Kopparbeiter ist damit geschaffen! Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen von nun an Seite an Seite, um frei von Vorurteilen und Ständeschnitten ihre sozialen Interessen im Rahmen des freigewerkschaftlichen Programms gemeinsam zu vertreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte gehören zusammen! Das ist die Grundlage unserer Gemeinschaftsarbeit. Die Sonderziele, die jede Gruppe infolge ihrer besonderen Rechtsverhältnisse verfolgen muß, haben nur insoweit Berechtigung, als sie sich in das gemeinsame Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft eingliedern. Allein die Solidarität aller drei Gruppen verbürgt den Erfolg.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben in den Städtetagen und Arbeitgeberverbänden starke Interessengemeinschaften gebildet, um in allen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen eine einheitliche Stellung einzunehmen. Ihnen steht jetzt die freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Arbeitnehmer gegenüber, um die sozialen Interessen der kommunalen Arbeiter, Angestellten und Beamten geschlossen zu vertreten. Den reaktionären Arbeitgeberinteressen wird der soziale Gedanke der gesamten Arbeitnehmerschaft entgegengestellt.

In fast allen Gemeinden und Gemeindeverbänden herrscht noch der alte reaktionäre, bürokratische Geist. In den Ländern besteht noch ein vorrevolutionäres, reaktionäres Kommunalbeamtenrecht; durch Verwaltungsmaßnahmen und Verordnungen wird verübt, den sozialen Errungenschaften, wie z. B. dem Betriebsrätegesetz, Hindernisse in den Weg zu legen; erst jüngst ist durch die Streikverordnung des Reichspräsidenten den in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeitnehmern in unerträglicher Weise das freie Koalitionsrecht beschmitten worden. Allen diesen Bestrebungen setzen wir unsern Willen entgegen: Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen durch lebendige Mitarbeit der Betriebsräte und Beamtenträte; Beseitigung aller die demokratische Entwicklung der Gemeinden hemmenden Einflüsse der staatlichen Aufsichtsbehörden; Schaffung eines freibeitlichen Kommunalbeamtenrechts.

Und aller Gleichgültigkeit und allem Unverständnis gegenüber, die dem Sozialisierungsgedanken von den kommunalen Selbstverwaltungskörpern entgegengesetzt werden, fordern wir die Durchführung der Sozialisierung und der Kommunalisierung, um die Wirtschaftlichkeit der Gemeindebetriebe im Interesse der Allgemeinheit zu heben. Wir rufen die städtische Arbeitnehmerschaft und vor allem ihre Vertretung, die Betriebs- und Beamtenträte, auf, mit aller Entschlossenheit an der Durchführung der Kommunalisierung mitzuwirken.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Kollegen und Kolleginnen! Schließt die Reihen! Tretet überall zu gemeinsamem Schaffen zusammen!

Wir brauchen keine neuen Verbände, wie den sogenannten „Verband der Hand- und Kopparbeiter aller Verwaltungsbehörden“, der mit seinen unklaren Bestimmungen und seinem Ziele der selbständigen Mäteorganisation nur die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung schwächen will. Wir sind die Einheitsfront der Hand- und Kopparbeiter!

Wir wenden uns geschlossen gegen alle Aushilfsvereine, vornehmlich unter den Kommunalbeamtenverbänden, die nur das Wort „Gewerkschaft“ im Munde führen, vor dem sie sich noch gestern gekümmert und von dessen Wesen sie auch heute noch nichts verspürt haben. Auch die Gemeindebeamtenschaft muß von freigewerkschaftlichem Geiste erfüllt werden!

Kollegen und Kolleginnen! Die Front ist geschlossen. Auf zu gemeinsamer Arbeit!

Freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunalen Arbeitnehmers (Faka)

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Zentralverband der Angestellten.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. — Deutscher Werkmeister-Verband (Bezirk X).

Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

Die freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer.



an die Spitze unserer heutigen „Gewerkschaft“ haben wir einen Aufruf gesetzt, der einem Teil unserer Kollegen etwas überraschend gekommen sein dürfte. Deshalb seien in nachfolgendem einige Erklärungen hierzu gegeben.

Die Entwicklung unseres Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist manchem unserer neugewonnenen Tausenden von Mitgliedern nicht in allen Einzelheiten bekannt. Wir möchten deshalb an folgende Etappen unseres glänzenden Organisationsaufstiegs erinnern: Als 1896 sich in Berlin und anderen Orten die ersten Versuche bemerkbar machten, die „in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“ zu organisieren, fanden wir innerhalb der Arbeiterkassen sogar manchen Widerstand. Damals beherrschte der Gedanke der Fachverbände mit ausgesprochenem Berufscharakter noch die gesamte deutsche Gewerkschaftswelt. Und manche Organisationen, die sich ihr Lebensziel nicht um die Gemeindegewerkschaft gekümmert hatten, weil sie dort einen zu harten Boden für ihre organisatorischen Bemühungen wählten, fühlten sich nach dem kräftigen Einsetzen unseres Verbandes nun auf einmal berufen, ihre Ansprüche auf unser Organisationsgebiet zu erheben. Vorstandskonferenzen und Gewerkschaftskongresse beschäftigten sich zwar in den folgenden Jahren ohne Ende mit der Frage der größeren organisatorischen Vereinheitlichung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber man kam doch nur sehr langsam aus dem Stadium der Erwägungen und Resolutionen heraus. Erst als der Metallarbeiterverband sich in immer stärkerer Maße zum Industrieverband entwickelte, folgten einige andere Großverbände nach, im übrigen berief man sich immer auf die „Entwicklung“, in die man „nicht mit rauher Hand“ eingreifen könne. Wir haben in anderem Zusammenhang, besonders in der Zeit vor den Gewerkschaftskongressen, diese Vorgänge eingehend dargestellt.

Ohne Zweifel ist die natürliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften zu starken leistungsfähigen Großverbänden durch die vielen Bedenken und „Kompetenz“schwierigkeiten gehemmt worden. Kurz vor dem Krieg schienen sich endlich eine Aenderung anzubahnen. Dann kamen die fünf Leidensjahre für die deutsche Arbeiterkassen.

Mit der Novemberrevolution 1918 aber vollzog sich ein solch sprunghaftes Wachstum in allen circa 50 freien Gewerkschaften Deutschlands, daß jede vorerst vollauf zu tun hatte, um die neugewonnenen Mitgliederzahlen in sich aufzunehmen. Die Frage der zweckmäßigen Gliederung trat daher zunächst etwas in den Hintergrund.

Die Schaffung des Eisenbahnerverbandes brachte dann erneut den Beweis, daß dort, wo die öffentlich-rechtlichen Körperschaften als Arbeitgeber in Frage kommen, nur die Einheitsorganisation der Arbeitnehmer die genügende Stärke entwickeln kann, um diesem stärksten einheitlichen Unternehmer ein Vorkoll zu bieten.

So wurde, wenn auch reichlich spät, anerkannt, daß unser Organisationsprinzip der Betriebsorganisation für Staat und Gemeinde durch die Zweckmäßigkeit unbedingt notwendig ist.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongress hat mit der Resolution Graßmann unsere besondere Organisationsform voll anerkannt. Damit ist vorerst ein Kapitel abgeschlossen, das allzuviel historisch-theoretische und allzu wenig praktische Erwägungen in sich barg. Denn praktisch waren wir schon vor dem Kriege mit unseren 55 000 Mitgliedern, die fast ausschließlich in Gemeindebetrieben tätig waren, die unumstrittene Einheitsorganisation.

Nun aber hat die Revolution politisch insbesondere den Boden gelockert für die Organisationsfähigkeit der Staats-

arbeitern nahezu 70 000 Staatsarbeiter in unseren Reihen. Damit ist unser Verband der tragende Träger für die gesamte Arbeitnehmerkassen in Staat und Gemeinde geworden, soweit nicht besondere Zwänge der Post, Eisenbahn usw. in Frage kommen.

Aber es blieb bisher eine Lücke in unserer Einheitsorganisation. Das Verhältnis zu den Angestellten und Beamten war nicht nach allen Richtungen hin genügend geklärt und den neuen Zeitströmungen entsprechend angepaßt.

Diese Lücke ist jetzt durch die Faka geschlossen! Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft mit unseren freigewerkschaftlich gesinnten Angestellten und Beamten geschlossen. (Es mag dabei erneut in Parenthese festgestellt sein, daß wir für eine „Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Unternehmertum oder unseren Arbeitgeberverbänden nichts übrig haben!)

Eine Arbeitsgemeinschaft aber der gesamten Arbeitnehmer der Gemeinden spricht für sich selbst. Gewiß haben auch äußere Anlässe, insbesondere die Streikverordnung des Reichspräsidenten auf der einen Seite sowie die jamaïsche Gründung des „Hand- und Kopfarbeiterverbandes“ auf der anderen Seite, dazu beigetragen, daß wir nun so schnell auf dem Plan erscheinen konnten. Für die Beamten, Techniker usw. haben die unhaltbaren Zustände bei dem preussischen Gemeindebeamtenverband diesen sofortigen Entschluß herbeiführen helfen.

Aber die Vorbereitungen für unser Kartell liegen doch in derselben Richtung, die wir weiter vorn als die natürliche Entwicklung unserer Einheitsorganisation gekennzeichnet haben.

Der Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik, über dessen organisatorische Auswirkung wir in letzter Nummer berichteten, war gewissermaßen der letzte Anlaß, um uns klarzumachen: wir bedürfen in Gemeinde- und Staatsbetrieben einer einheitlichen Taktik, sonst kommen wir unter die Räder! Und so dürften wir von dieser Neuschaffung im deutschen Gewerkschaftsleben, der Faka, sagen: Von hier aus datiert ein neuer Zeitabschnitt, die engere Interessengemeinschaft der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Beamten.

Es kann unseres Erachtens nur eine Frage der Zeit sein, daß sich ein ähnlicher Kartellierungsprozeß in den Staatsbetrieben vollzieht, die Vorbereitungen wären bei unserem Verband, bei den Eisenbahnern und Postgewerkschaftlern wohl schon heute reif dazu, ebenso bei den noch Hochgruppen bereits in der Aka zusammengefaßten Angestellten. Hier fehlt indessen noch das dritte Glied in der Kette: die Techniker und Beamten. Möge recht bald unser Vorhaben auch hier seine Nachahmung finden.

Wir lassen nun zur vorläufigen Information unserer Kollegen die neuen Satzungen der Faka folgen:

Satzung der freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer (Faka).

1. Die nachstehenden Verbände schließen sich für ihre in Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer zusammen:

1. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
2. Zentralverband der Angestellten,
3. Bund der technischen Angestellten und Beamten,
4. Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

2. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist

- I. die gemeinsame Vertretung aller sozialen und wirtschaftlichen Fragen der kommunalen Arbeiter, Angestellten und Beamten durch
 - a) Vertretung über gemeinsames Vorgehen bei Abschluß von Tarifverträgen und bei der Einwirkung auf Besoldungsordnungen,
 - b) Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften,
 - c) Förderung der Sozialisierung und Kommunalisierung;

II. die Ausbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens unter den kommunalen Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie Vertändigung über Abgrenzung der Bezugsgebiete.

8. Die zentrale Leitung liegt in den Händen eines Zentral-ausschusses, der aus Vertretern der Hauptvorstände der angeschlossenen Verbände besteht. In ihn einmündigen der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 8, der Zentralverband der Angestellten 2 und die übrigen Verbände je 1 Vertreter.

Unsere Filialen werden demnächst durch besondere Mitteilungen benachrichtigt, um überall im Sinne vorstehender Satzungen örtliche Ausschüsse zu bilden und so die Gemeinschaftsarbeit planmäßig in Angriff zu nehmen.

Vorerst gilt es nun, die neue Arbeitsgemeinschaft der gemeindlichen Arbeitnehmer kräftig zur Entwicklung zu bringen. Dazu wünschen wir ihr ein herzliches Glück auf!

Zur Verordnung gegen Streiks in lebenswichtigen Betrieben

nimmt auch das „Korrespondenzblatt“ in seiner Nr. 49 Stellung. Wir finden dort folgende treffliche Ausführungen:

In den leitenden Kreisen der Gewerkschaften herrscht darüber volle Einmütigkeit, daß der Berliner Elektrizitätsstreik kein gewerkschaftlicher war, daß er geführt wurde wider alle gewerkschaftlichen Erfahrungen und Satzungen. Einigkeit besteht auch darüber, daß in solchen Betrieben ein Streik nicht geführt werden darf, ehe nicht alle Möglichkeiten friedlicher Schlichtung erfolglos erachtet sind. Der Ausgangspunkt dieser Verordnung findet also auf gewerkschaftlicher Seite weder Sympathie noch Verteidigung. Aber daß eine kleinere oder größere Gruppe von Arbeitern oder Angestellten gegen alle gewerkschaftlichen Regeln streikt, darf kein Anlaß sein, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer unter ein Ausnahmengesetz zu stellen, wie es hier geschehen ist. Ein solches Gesetz erreicht die gewünschte Wirkung nicht, da sich wilde Streiks ebensowenig wie Revolutionen durch Strafgesetze verhindern lassen. Es bewirkt eher das Gegenteil, weil es nicht nur die Streikenden noch mehr erbittert und sie den Auswüchslern in die Hände gibt, sondern weil es auch die an dem fraglichen Streik nicht beteiligten Arbeiterkreise aufreizt und den Einfluß der verantwortungsvollen Gewerkschaftsleitungen schwächt. Im vorliegenden Fall ist auch die Verordnung gar nicht zur Anwendung gekommen, weil der Magistrat von Berlin ihre gefährlichen Wirkungen vorausahnd und sich die Anwendung auf diesen Streik verbat. Der Berliner Elektrizitätsstreik ist also ohne diese Verordnung beendet worden, ein drastischer Beweis ihrer Unberücksichtigung.

Die Verordnung ist erlassen worden auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung. Danach kann der Reichspräsident, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Die hier angezogenen Artikel der Reichsverfassung behandeln die Freiheit der Person (114), die Unverletzlichkeit der Wohnung (115), das Brief-, Post-, Telephon- und Telegraphengeheimnis (117), die Rede- und Pressefreiheit (118), die Versammlungsfreiheit (123), die Vereinsfreiheit (124) sowie die Unverletzlichkeit des Eigentums (153). Die Koalitionsfreiheit, die der Artikel 169 der Reichsverfassung schützt, ist von solchen Eingriffen des Reichspräsidenten ausgenommen. Hiernach steht außer Zweifel, daß die Verordnung des Reichspräsidenten sich nicht auf Art. 48 der Reichsverfassung stützen kann. Das Koalitionsrecht ist allen Eingriffen entzogen. Es wäre auch schlimm, wenn es anders wäre. Die organisierte Arbeiterschaft würde sich in der entscheidenden Weise gegen solche Vergrößerungen auflehnen, wie vor Jahresfrist ja auch der Münchener Gewerkschaftsleitung gegen den Erlaß des damaligen Reichswehrministers protestierte und seine Rücknahme erzwang. Auch dieser unbegreifliche, jeder gesunden Rechtsgrundlage entbehrende Erlaß muß sofort wieder aufgehoben werden.

Die Verordnung wurde am 10. November d. J. veröffentlicht. Aber bereits am 9. November war sie fertig, wie aus nachträglichen Mitteilungen einzelner Regierungsstellen in der Presse ersichtlich gemacht wurde. Deshalb die Reichsregierung den Erlaß zwei Tage lang in der Tasche behielt, von dem sie sich auf den vorliegenden

Streik so große Wirkung versprach, daß sie den Weg der Ausnahmengesetzgebung beschritt, mögen die Götter wissen. Sie hat aber in den 48 Stunden zwischen der Fertigstellung und der Veröffentlichung des Erlasses nicht das Mindeste getan, um die gewerkschaftlichen Spitzenverbände von ihrer Absicht zu unterrichten und sie darüber zu Rate zu ziehen. In 48 Stunden wäre eine recht eingehende Prüfung der Sachlage möglich gewesen. Man hätte das Für und Wider des beabsichtigten Weges reiflich erwägen können. Die Arbeiterkraft hatte sogar ein durch Art. 105 der Reichsverfassung gewährleistetenes Recht, Gesandtenwürde von grundlegender Bedeutung durch ihre Vertreter begutachtet zu sehen. Nichts von alledem geschah.

Auch wenn der Reichsregierung das unzweifelhafte Recht zugestanden hätte, gegen wilde Streiks im Verordnungswege einzuschreiten, hätte dies nach Art. 48 der Reichsverfassung nur vorübergehend geschehen dürfen. Der Elektrizitätsstreik ist längst beendet — beendet ohne die Anwendung jener Verordnung. Aber noch immer ist diese Verordnung in Kraft, entgegen allen klaren Reichsverfassungsschriften. Wir leben in einem Staatswesen, in dem die Rechte der Staatsbürger durch Verfassung geschützt sind. Wir schmeicheln uns sogar, die freieste, demokratischste Verfassung der ganzen Welt zu besitzen. Dennoch ist es in diesem Staate möglich, das wichtigste aller Grundrechte der Arbeiterschaft nicht mehr bloß vorübergehend, sondern selbst dauernd durch Ausnahmegericht außer Kraft zu setzen, obwohl keinerlei Gefahr mehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

Dieser Reichstagsbeschluss (siehe „Gew.“ Nr. 50, Sp. 957, D. N.) schafft einen ganz unmöglichen Rechtszustand. Eine Verordnung, die nach der Reichsverfassung nur eine vorübergehende sein darf, kann nicht durch Reichstagsbeschluss verewigt oder von dem Zustande kommen eines anderen Gesetzes abhängig gemacht werden, denn das könnte unter Umständen bis zum St. Nimmerleinstage währen. Ein solcher Beschluss würde zugleich einen ganz unzulässigen Eingriff des Reichstages in die Rechte und Pflichten des Reichspräsidenten enthalten, da dieser hierdurch gebindert würde, von sich aus die Verordnung wieder aufzuheben, sobald ihre Voraussetzungen weggefallen sind. So verfassungswidrig diese Verordnung zustande gekommen ist, so sehr steht ihre Aufrechterhaltung im Widerspruch mit der Verfassung. Ob sich die Parteien des Reichstages bemüht waren, welche ungleich höheren Rechtsgüter sie durch ihren Entschlussesbeschluss gefährdeten? Der Weg einer Ausnahmengesetzgebung gegen das Koalitionsrecht kann nur von einem Verfassungsbruch zum andern führen!

Für die Gewerkschaften ist damit die Angelegenheit keineswegs erledigt. Im Gegenteil, für sie ist der Aufstand im Reichstag erst der Anfang vom Ende der Antistreikverordnung. Sie werden den Kampf gegen dieses Ausnahmegericht mit allen Mitteln aufnehmen, und für sie besteht nicht der mindeste Zweifel darüber, daß sie in diesem Kampfe die Sieger bleiben werden. Sie werden sich auch mit den schärfsten Mitteln gegen jedes Bestreben zur Wehr setzen, die Schlichtungsordnung zur gesetzlichen Einschränkung des Koalitionsrechts zu benutzen. Der Versuch, die Arbeiterschaft auf diesem Wege zu vergewaltigen, könnte weit verhängnisvollere Wirkungen auslösen als die Streiks, die durch eine solche Zwangsgesetzgebung vermieden werden sollen. Wir können nur noch auf das Entscheidende vor der Weidreitung dieser Bahn warnen. Eine Gesetzgebung, die die Grundrechte der Arbeiterschaft antastet, erschwert den Gewerkschaften die friedliche Lösung der Streitfragen und trägt Leidenschaften in die Arbeitskämpfe hinein, die jede ruhige Erträgung ausschließen. Ueber das Koalitionsrecht gibt es bei den Gewerkschaften kein Heilschen und kein Verhandeln.

Wir raten der Reichsregierung dringend, die Verordnung vom 10. November sofort aufzuheben und nicht zu warten, bis die Schlichtungsordnung fertig ist. Es dürfte dann leicht zu spät sein. Daß der Reichstag sich so wenig als Schützer der Volksrechte erwies und nicht die sofortige Außerkräftigung der Verordnung beschloß, ist charakteristisch für dieses im Juni d. J. unter einer verantwortungslosen Agitation gewählte Parlament. Von dieser „Vollvertretung“ kann man sich auch schlimmerer Dinge versehen. Um so weniger sollte das Reichskabinett so von aller Staatsflugheit verlassen sein, einen Kampf gegen die weitaus stärkste Klasse des deutschen Volkes aufzunehmen, in dem es sich nur Niederlagen holen kann. Wenn die Gewerkschaften die gesamte Arbeiterschaft zur Wahrung des Koalitionsrechts aufrufen müssen, dann wird diese sich wie ein Mann erheben und das bedrohte Recht zu schützen wissen!

Wir freuen uns, daß das „Korrespondenzblatt“ und damit auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, unsern Standpunkt teilt und so energisch gegen jede Einschränkung des Streikrechts Front macht.

Zweiter internationaler Gewerkschaftstongress.

Grafmann (Deutschland): Die deutsche Arbeiterschaft hat die alte Militärrückkehr bejätigt. Eine Wiederkehr dieser Herrschaft ist unmöglich, wie die Märzereignisse zeigten. Wir wehren uns energisch gegen jede monarchistische oder alldeutsche Propaganda, auch durch die Tat. Schon vor dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatten wir mit einer Kontrolle der Waflentransporte begonnen, um nicht nur jede Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen und Rußland, sondern auch die Waflenschleppungen in Deutschland selbst zu verhindern. Das geschieht nicht nur aus grundsätzlicher Generosität gegen den Krieg, sondern auch, um unseren Arbeitsbrüdern im Osten die Abwehr gegen Invasion nicht zu erschweren, wemgleich wir für das heute herrschende Regime keinerlei Sympathie haben. Von den kommunistischen Subalternen verprügeln wir uns nichts. Wie die Beispiele in Ungarn und Ründen zeigen, bereiten sie nur den Boden vor für die schlimmste Reaktion, gegen die die eingeschüchterte und völlig entnernte Bevölkerung sich dann nicht mehr zur Wehr zu setzen magt. Statt der Fortrevolution bürden wir einer Revolution, welche das organisierte Streben nach dem Aufbau einer wahren wirtschaftlichen und demokratischen Demokratie bedeutet. Sie allein ist die Hoffnung der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter, die ein Stück dieses Weges zurückgelegt haben, wünschen nichts schändlicher, als daß ihr Beispiel in anderen Ländern mit Ruhen für die Arbeiterschaft verwendet werde. Gewiß sind die deutschen Verhältnisse noch nicht ideal; aber sie bilden schon eine günstigere Grundlage für weitere Aktionen, als wir sie jemals besaßen. Das jetzige republikanische Regime in Deutschland ist zweifellos eines der stärksten Dämme gegen die Reaktion, sowohl gegen eine Diktatur eines Rühelm wie auch gegen die Herrschaft einer Clique oder Minderheit.

Basterra (Spanien): Aus Spanien müssen wir dem Kongresse leider bittere Klagen über die Zustände in unserem Lande vorlegen. Nachdem vor einiger Zeit die wenigen vorhandenen konstitutionellen Rechte auch formell aufgehoben wurden, herrscht ein förmlicher Terror gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. Im letzten Jahre übertrug die Regierung einem Generale diktatorische Vollmachten. Dieser löste die Gewerkschaften nach Belieben auf, ließ die Leiter verhaften, deportieren und von Gefängnis zu Gefängnis schleppen. Gründung neuer Gewerkschaften ist unmöglich, da die Behörden die erforderliche Genehmigung ablehnen. Es passiert uns, daß wir als Abgeordnete Wahlversammlungen abhalten wollen, aber die Polizei die Zuhörer auseinanderreibt und uns selbst festhält. Jetzt will die Regierung ein besonderes Gesetz

gegen den „Terror der Arbeiter“ durchdrücken, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antikriegsorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D'Aragona (Italien) begrüßt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale. Wir stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einverständnis mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch bewahren wir das Vertrauen der Arbeiter und konnten unsere Mitgliederzahl von 400 000 auf 24 Millionen erhöhen. So daß wir die eigene Reaktion allein bekämpfen können. So ist der Achtundtag zwar nicht Geis, aber praktisch durchgeführt, sogar für einen großen Teil der Landwirtschaft. Wir sind jetzt dabei, die Kontrolle der Industrie praktisch durchzuführen, und zwar im Interesse der Gesamtheit. Bei Ihren Klagen gegen die russischen Angriffe sollten Sie nicht vergessen, daß Ihre Kriegshaltung ihnen den Glauben verbringt. Sie hätten die Sache der Arbeiter verraten. Dabei weiß ich, daß ich selbst auch oft „Gelder“ und „Verräter“ genannt werde.

Fimmen weist in seinem Schlusswort darauf, daß die Amerikaner, die selbst in ihren Kongressen politische Beschlüsse fassen, kein Recht haben, uns politische Forderungen vorzumerzen. Die Russen sind oft zur Mitarbeit eingeladen worden. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, müßten sie eine solche Einladung annehmen.

Die Resolution über die internationale Lage wird darauf gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen, oder mit 21 906 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftstongress protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verhehlerten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in der verschiedenen Ländern unter der Reaktion geistlich haben und nach leben, nicht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den wahren Schaden in Ungarn und bei der Aktion zur Bekämpfung des Transports von Kriegsmaterial für die konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird. Der Internationale Gewerkschaftstongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentren und seiner internationalen Sekretariate sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln

Beethoven.

(Zum hundertfünfzigsten Jahrestag seiner Geburt. 16. Dezember 1770.)



us dem Lebenslauf eines jeden großen Mannes quillt eine Fülle von erhebenden Gedanken für den Betrachter. Ob nun seine Werke mehr Lebensernst oder mehr Lebensfreude atmen, ob seine Bahn licht oder bernig gewesen, eines finden wir ganz sicher beim Schaffen: Mut und das Bewußtsein hoher Menschenwürde. Das sind die tiefsten Lehren, die aus der ernststen Betrachtung eines bedeutenden Lebens hervorgehen; bei wenigen großen Männern aber so deutlich und ungesucht wie bei Beethoven. Denn bei wenigen finden wir die inneren künstlerischen Kämpfe des Genies so sehr verquickt mit den äußeren Kämpfen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung dem seinen Künstler stets bereitet.

Schon die Kindheit Ludwig van Beethovens ist von mancherlei Not beengt. Sein Vater, kurfürstlicher Hofkapellmäger in Bonn — die Fürstbischöfe von Köln pflegten in Bonn hofzuhalten —, ist ein liebreicher, haltloser Mensch, der unaufhaltsam zum Trinker herabsinkt, ohne jedes Verantwortlichkeitsgefühl für Familie und Kunst; das früh entdeckte Musiktalent seines Aeltesten ist ihm bloß als Einnahmequelle von Wichtigkeit und der Fünfjährige muß tag lang, je nach des betrübten Laune des Vaters auch nachts lang unter Tränen Klavierübungen machen. Die Mutter, eine gedrückte, arbeitsgebeugte Beuletariatin, kann nur leiden, nicht helfen, wird zudem von der Familie des Mannes mit geringfügiger Handelt, da sie einer um eine Rangstufe tieferen Schicht entkammt. Als mehr Kinder nachkommen, hält die finstere Sorge Einzug, bessere Habe muß zum Trödler warden, an Nötigkeiten muß gespart werden, und wie von selbst wird für den herabgelassenen Vater, die schwache Mutter und die beiden jüngeren Brüder der tief schliche und willensstarke Ludwig zum eigentlichen Familienvater und sehr bald zum Ernährer. Mit zwölf Jahren bei der Hofkapelle beschäftigt, am vierzehnten Jahre an schon in fester Anstellung, ist sein Leben schon das des Berufsmusikers, daneben ringt der bewusste Schaffensdrang ans Licht — und alles das in einem Alter, das noch ganz dem Lernen gehören sollte. Wieviel schmerzliches Verständnis

muß ein solches Schicksal im Herzen jedes jungen Arbeiters finden, der hier ein Stück des eigenen Lebenslaufes erkennt! Die kraftvolle Natur des jungen Beethoven überwindet die unzähligen Hindernisse, die ihm tägliche Not, Zorn, Angst, drückende Umgebung und engherzige gesellschaftliche Verurteile in den Weg legen: in diesen ersten Jugendjahren in Bonn (1770 bis 1792) arbeitet er an seiner musikalischen und allgemeinen Ausbildung, findet Lehrer, schafft sich Freunde und einen gesellschaftlichen Verkehr, ohne dabei eine einzige der selbst auferlegten Berufs- und Familienpflichten zu vernachlässigen.

1792 wird der Zwanzigjährige allernähdigst auf turfürstliche Kosten nach Wien geschickt, um beim alten Forster Unterricht zu werden. Da bald darauf die französischen Revolutionsheere den Rhein besetzen, der fürstbischöfliche Hof ausgedrängt wird, dazu Beethovens Eltern gestorben sind, blüht Ludwig dauernd in Wien, der Stadt der musikalischsten Aristokraten und des vorlitterarischen Wustes. Niehrhaftes Lernen, strengste Arbeit an sich selbst leiten eine Periode fruchtbarsten Schaffens ein. Es zeigen sich Erfolge und Anerkennung, in Wien und auch auf einer Reise nach Berlin. Aber schon sind auch Schatten da, die sich später zu düsternen Wolken verdichten werden. Zurückst Familienunruhe: die Brüder sind ihm nahe gekommen, von ihm versorgt worden, haben aber immer wieder irgerduras nötig, nützen ihn aus und zerren ihn in ihre heimlichen, peiniglichen Angelegenheiten hinein. Dann die ständigen Besorgnisse; die Freigebigkeit der abliegenden Familien konnte immer nur vorübergehender Zufall sein, nie wirklich fester Einkommen. Welch eine Existenz für einen aufstrebenden, solchen Künstler, von einem Geldgeheim, einer Einladung auf ein Schloß, einer Grabsengabe, einer Reisebestellung abhängig zu sein! Bei aller persönlichen Sympathie für einzelne lebenswürdige Menschen dieses Kreises ist Beethoven doch nie heimlich geworden in dieser Welt der zuorkommenden Unvollständigkeit. Damit hängen auch viele seiner ganz persönlichen Entschlüsse zusammen, die Liebessorgenheiten betreffen. Dieser ernste, hochgesinnte Mann, der unablässig seine ganze Kraft zusammennimmt, um auf das Höchste loszukommen, dieser leidenschaftlich ehrliche Kämpfer, der nie den Glauben an eine hohe Zukunft des unglücklichen Menschengeschlechtes verliert — er besitzt ein weiches Herz voll Lieblichkeit und Liebesbedürfnis, er sucht mit rührender Ehrlichkeit und Gläubigkeit nach einer gleichgeschaffenen

gegen die dem Krieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Restriktionen Stellung zu nehmen. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen national und international den Kampf führen muß gegen Kapitalismus und Imperialismus. Der Kongress erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Masse des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden ist. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Völker unerlässlich ist, er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem I. G. B. eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesen Zwecken Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine solche tatkräftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, den Krieg den Krieg zu erklären und für die Beseitigung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen."

Eine Resolution über den Achtstundentag fand nach kurzer Aussprache Annahme, nachdem ein von Norwegen, Italien, Luxemburg, Kanada und Frankreich gestellter Antrag, die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes aus der Resolution zu streichen, gefallen war. Der Beschluß lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte Anglo-amerikanische Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Internationale Gewerkschaftsaktion in Washington einen Entwurf zu einer Uebereinkunft betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Betrieben auf acht Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche die Richtlinien für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat; daß zwar in einigen Staaten die Arbeitszeitgesetzgebung bereits der Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verläßt, wieder zu verlängern. Der Internationale Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitereindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Anerkennung und Durchsetzung der Washingtoner Festsätze. Der Internationale Gewerkschaftskongress verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von

Washington zu unterbreiten, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung absieht, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Festsätze innerhalb der nächsten Frist nicht erfolgt ist."

Die Rohstofffrage behandelte der Berichterstatter Versteert (Belgien) Er wies darauf hin, daß die Frage schon die Washingtoner Konferenz und spätere Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werdenden Verteilung der Rohstoffe, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerverbund. Allerdings müsse die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeiter unserer bekannten Forderungen entsprechend abgeändert werden.

Valdesi (Italien) greift den Völkerverbund heftig an. An diesen dürften die Arbeiter sich nicht wenden. Sie sollten vielmehr ihre einzelnen Regierungen zwingen, eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen. Der Völkerverbund sei ein Bund der Sieger mit dem besonderen Ziele, Deutschland auszulündern, wie die Forderungen auf Ablieferung von Kühen usw. lauten.

Eine Resolution wurde darauf einstimmig — nur gegen die Bezugnahme auf den Völkerverbund waren einige Stimmen — angenommen. Sie lautet in ihrem wesentlichsten Teil:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Anglo-amerikanische Internationale Gewerkschaftsaktion beantragt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Errichtung einer internationalen Rohstoffverteilungsgesellschaft auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigsten Durchführung zu überreichen. Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder allen ihren Einfluß unverzüglich und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zur raschen und gerechten Erfassung und Verteilung der notwendigen Rohstoffe zu veranlassen. Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerverbund anzuschließen."

Franzesele. Immer wieder glaubte er in jenem braunroten Mädchen, in dieser blonden Gräfin, in jener sanften Dame sein Ideal gefunden zu haben; die Standes- und Rangunterschiede erlaubten den feinsinnigen Tönen der besten Gesellschaft gern eine hübsche harmlose Spielerei mit einem berühmten Komponisten, den der Fürst Lobtowitz oder der Herzog Rudolf protegiert — aber wenn das erste Gefühl erste Antwort verlangt oder wenn gar ein Heiratsantrag dreht, dann zieht man sich rasch, freundlich und endgültig zurück und das große, reine Herz bleibt einsam. Auf einem Blatz aus seinem Nachlaß finden sich die stüchtig hingeworfenen Worte: „O Gott, laß mich sie, jene endlich finden, die mich in Tugend glücklich, die mir erlöhnt mein Ilt!" Zwischen aber melden sich überpeckliche Reden, manches wohl die Folge durchgehungerter Jugendjahre, bis von 1798 an ein Schicksal den austritt, das ihm, dem Musiker, zur fürchterlichsten seelischen Marter wird. Einige Jahre lang sucht er in schmerzlichem Eigensinn seinen Zustand — immer mehr zunehmende Schwerhörigkeit — nach außen zu verbergen, aus Berufsrisikanten und wohl auch aus unbändigem Unabhängigkeitstrieb. In diese qualvolle und dennoch an wunderbaren Tonschöpfungen reiche Zeit fällt sein einsamer Sommeraufenthalt in Heiligenstadt (1802), wo er den Brief an seine Brüder verfaßt, der, erst in seinem Nachlaß aufgefunden, als das „Heiligenstädter Testament" bekannt wurde. Das ganze tiefe, reiche Gemüt Beethovens spricht sich in diesen vorzeitigen Klagen eines aus der menschlichen Gesellschaft Verbannten aus.

Und dennoch kämpft er sich auch hier durch. In einem seiner Heiligenstädter Briefe heißt es: „Mut! Bei allen Schwächen des Körpers soll doch mein Geist herrschen!" Und in einem Brief an einen Bonner Freund ruft er aus: „Ich will dem Schicksal in den Rücken greifen. Ganz niederbergen soll es mich gewiß nicht." Endlich sagt er sich selber: „Kein Geheimnis sei dein Nichtshören mehr" und mit dieser Entschlossenheit ist seine völlige Ergebung in dieses bittere Verhängnis völliger Taubheit — denn das wurde es — ausgesprochen. Weber die praktische „Croica" noch die erhabene „Schicksals-Symphonie" und die herrlich erste Oper „Fidelio" hat er je spielen gehört. Und in den letzten Jahren seines Lebens (1814 bis 1827) bedurfte er wahrhaftig dieser Geselligkeit, um die kleinen und großen Tücken und Bitterkeiten des Lebens zu ertragen. Immer noch schwante

die äußere Grundlage, der Gelderwerb; wo Ernst gemacht werden sollte, versetzten die Geber der Götter; als der alternde, bedürftige Komponist ein Konzert zu seinen Gunsten veranstaltete, bei dem er nicht einmal in seinem Berufskleid, im schwarzen Frack, erscheinen konnte, weil er keinen besaß, da waren vom musikalischen Wien ganze 100 Gulden eingegangen! Dabei hatte Beethoven für einen geliebten Neffen zu sorgen, eines ungeratenen Bruders noch mehr ungeratenen Sohn, den er an Kindesstatt angenommen hatte. Der schwache, hinterhältige, genüßgierige, junge Mensch bereitete dem edlen, leider so wenig geeigneten Erzieher nichts als Kummer, Enttäuschung und schwerste Sorgen, die sein Leben mit verkürzen halfen. Die wenigsten seiner Freunde hielten auf die Dauer die grimmige Reizbarkeit des tauben Meisters aus. Und dennoch ist der tiefste Kern seines Wesens, Mut und Liebe, lebendiger als je. Wenn sich auch in seinen Tagebüchern Schmerzschreie finden: „O Gott, Gott, schau auf den unglücklichen Beethoven herab, laß es nicht länger so dauern" — „Gott helfe, du siehst mich von der ganzen Menschheit verlassen. O hartes Geschick, o graufames Verhängnis, nein, nein, mein unglücklicher Zustand endet nie" — so stehen daneben doch Worte mannhaftester Seelenstärke. „Ergebenheit, innigste Ergebenheit in dein Schicksal — du darfst nicht Mensch sein, für dich nicht, nur für andere; für dich gib's kein Glück mehr als in dir selbst, in deiner Kunst." So verstehen wir auch von Grund aus jene erhabenen Worte Beethovens: „Höheres gibt es nichts, als der Gottheit sich mehr als andere Menschen nähern und von hier aus die Strahlen der Gottheit unter das Menschengeschlecht verbreiten." Eine verwandte Feuerseele ist jener Prometheus aus der griechischen Sage, der den Göttern das Feuer raubte, um es den Menschen zu bringen; wie Prometheus zur Strafe an einen Felsen gefesselt von Geiern täglich neu zerstückt wird, so muß sich der erhabene Künstler, an die niedrige Not des Lebens geschmiebelt, von Unverstand und Herzlosigkeit der Menschen martern lassen — vielleicht hat sich dies auch der Schöpfer des Wiener Beethoven-Denkmal gedacht, als er an dem Sockel einen Prometheus formte — und wie Prometheus, ist auch dem Künstler die Unsterblichkeit gewiß. Beethoven zeigt uns in seinem Schaffen wie in seinem Leben den ringenden Menschen in seiner höchsten Perfürung.

Maria Furtmüller L. d. „Jugendliche Arbeiter".

Aus Politik und Volkswirtschaft

Vollstiches.

Bereinigungspartitag der K. P. D. mit der N. S. F. D. links.
Auf gemeinsamem Parteitag, vom 8. bis 7. Dezember, haben sich K. P. D. und N. S. F. D. (links) zur Vereinigten Kommunistischen Partei (K. K. P.) zusammengeschlossen. Nach einer Programmrede von Levi und einem Referat über: „Die Agrarfrage“ von Thalheimer sprach **H e f f e r t** über: „Die Arbeitslosenfrage“. Wir geben daraus unter Fortlassung der Axtzeleichen auf die Gewerkschaften kurz folgendes wieder:

Es gibt heute in Deutschland über drei Millionen Kurzarbeiter. Nach den heutigen Meldungen haben wir 349 000 unterschätzte Arbeitslose. Zu dieser Zahl sind nur die Empfänger der Unterstüpfungen, nicht ihre Familien eingerechnet. Das Reichswirtschaftsministerium stellt fest, daß die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, aber es findet die Erklärung dafür in dem Sturz der Valuta. Es ist richtig, daß hier das Arbeitslosenproblem in Verbindung mit der Kaufkraft des deutschen Geldes gebracht wird. Aber die gegenwärtige Krise ist keine nationale Krise, sondern eine der ganzen Weltwirtschaft. Von einem Industriezweig dehnte sich die Krise auf den andern aus, und je weniger Verdienste die Kapitalisten durch die Produktion machten, desto mehr versuchten sie ihre Verdienste durch den Abbau der Produktionsmittel, durch die Sabotage der Produktion zu machen. In der vergangenen Woche lasen wir, daß in New York hunderttausende von Arbeitern der Bekleidungsindustrie arbeitslos wurden. In England gibt es fünfhunderttausend Arbeitslose. Wenn wir in Deutschland ein kurzes Nachsehen der Arbeitslosenziffern sehen, so ist das nur damit zu erklären, daß die deutsche Industrie heute wieder auf dem Auslandsmarkt absetzen kann. Aber diese Möglichkeiten müssen im Laufe der Entwicklung auch die anderen Länder erlangen. Und das Ergebnis kann schließlich nur eine größere Abmagerung, eine weitere Einschränkung der Produktion werden. Nach Weihnachten müssen wir mit einem weiteren Anstiegen der Arbeitslosenziffern rechnen. Und dies in einer Zeit, wo der Bedarf der breiten Massen täglich größer wird. Wir können zwar den Arbeitslosen nicht unmittelbar helfen, aber wir müssen für alle Forderungen der Arbeitslosen kämpfen, damit die Möglichkeit einer solchen Hilfe geschaffen wird. Die Forderungen der Arbeitslosen sind, daß man ihnen eine Unterstüpfung in solcher Höhe gewährt, wie sie die beschäftigten Arbeiter haben, und zwar in gleicher Höhe für Männer und Frauen. Dafür müssen wir überall eintreten. Und es darf uns nicht zurückhalten, daß durch die Erfüllung dieser Forderung die Schwierigkeiten des bürgerlichen Systems noch größer werden. Die Arbeitslosen fordern dann auch die Eingliederung in den Produktionsprozeß. Diese Forderung trifft sich mit der Forderung der Produktionskontrolle, die von uns schon lange aufgestellt ist. Nicht dürfen die beschäftigten Arbeiter aus den Betrieben herausgeworfen und dafür Arbeitslose eingestellt werden, sondern alle müssen in den Betrieben bleiben, und die Arbeitszeit muß allgemein so herabgesetzt werden, daß alle beschäftigt werden können, natürlich bei gleichbleibenden Löhnen.

Eine im Sinne dieses Referats gehaltene Resolution wurde angenommen. Darauf referierte **Brandler** über: „Die Gewerkschaften“. Nach einer einleitenden Schilderung über die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften sagte er:

„Während die deutschen Gewerkschaften zu jener Zeit, da sie weniger als eine Million Mitglieder zählten, wirklich die Lage der Arbeiter verbessern konnten, sind sie heute mit ihren neun Millionen dazu nicht mehr imstande.“

Es folgten dann die obligaten Schimpfereien auf die Gewerkschaftsbürokratie. In der Frage der Lebensmittelnot und der Kostenfrage empfahl **Brandler**:

„Stadt- und Landarbeiter müssen miteinander in Verbindung treten und gemeinsam kämpfen. Die Kontrolle der Produktion in Stadt und Land muß begonnen, der direkte Austausch in die Bezugs gestellt werden. Das wird geschehen müssen ohne Erlaubnis der Behörden. Noch ist niemals mit ihrer Erlaubnis eine Revolution gemacht worden. Wir werden die Macht zu dieser revolutionären Lösung der Lebensmittelfragen haben, wenn wir die Massen der Gewerkschaftsmitglieder dazu mobilisieren. — In der **R o h l e n f r a g e** müssen die Bergarbeiter die Kohle bereitstellen für Lieferungen an die Betriebsräte stillgelegter, eingeschränkter Betriebe. Es muß erzwungen werden, daß diese Betriebe auf Verlangen ihrer Betriebsräte mit Kohle beliefert werden. Noch einige Worte zum Sozialistenschwimmbad. Auch hier wollen wir uns nicht rein negativ verhalten. Der erste Anfang zu einer wirklichen Sozialisierung, die die Produktion nicht, wie bei den Vorschlägen von Sinnes bis Haffering, in die Herrschaft einer Kapitalistengruppe oder des kapitalistischen Staates legt, sondern in die Hand der Arbeiterschaft, ist die Kontrolle der Produktion. Im Kampf um sie werden die Schwindler von Legien-Hilferding bis Sinnes sich als Schwindler enttun.“

Zum Schluß erging sich **Brandler** noch in folgenden „Liebenswürdigkeiten“ gegen die Gewerkschaftsinternationale:

„Die Frage der Gewerkschaftsinternationale wird heute benutzt, um die noch Kleinbürgerlich-ängstliche Arbeiterschaft gegen den Kommunismus mobil zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale war bis zum Kriege ein ganz loses Gebilde, bestimmt zum internationalen Materialaustausch. Erst seit von den Sozialpatronen, den Legien, Joubert, Gompers, Apple-

ton, zerriet sie mit Axtausbruch die Arbeiterschaft. Diese Führer beherrschen heute Amsterdam. Amsterdam ist heute das stärkste Volkwerk in den Händen der internationalen Kapitalistenklasse. Durch ihre Verkapplung mit dem Völkerverband über das Internationale Arbeitsamt erweckt die gelbe Internationale kontrevolutionäre Illusionen. Die rote Gewerkschaftsinternationale ist nicht gleichbedeutend mit der kommunistischen Internationale, behauptete **Brandler**. Sie will die Gewerkschaften, die Arbeiter um sich sammeln, die offen und ehrlich getrocknet haben mit dem Burgfrieden und den Arbeitsgemeinschaften, und sich für den Klassenkampf ehrlich entschieden haben. Die rote Gewerkschaftsinternationale fordert kein kommunistisches Bekenntnis. Der Kampf um den Anschluß an sie ist keine Sache der bloßen Propaganda. Der Anschluß der Gewerkschaften an Moskau kann nur in dem Umfange geschehen, als sie tatsächlich revolutionär sind und werden. Nicht um ein bloßes Symbol kämpfen wir, sondern um aktive revolutionäre Kämpfer selbst.“

Die Diskussion bewegte sich im gleichen Rahmen. Nach einem Referat der Frau **Zeitlin** über: „Die Frauenfrage“ wurde die Parteileitung gewählt. Als Vorsitzende **Levi** und **Däumlin**, zu Sekretären **Mara Zeitlin**, **Koenen**, **Brandler**, **Stoeker**, **Pied**, **Wah**, **Memmel**, als Beisitzer **Adolf Hoffmann**, **Thalheimer**, **Kurt Weber**, **Geibert**, **Gabel**.

Staatsarbeiter

Verfälschungspolitik bei der Reichsregierung. Die Reichs- und Staatsregierung ist bekanntlich leicht bei der Hand, die Arbeiterkassette bei frontalen ausbrechenden Streiks zu benutzen, mit dem Hinweis, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft seien. Diese Auffassung darf bei der Arbeiterkassette nicht ohne große Erregung hervorrufen, um so mehr, wenn sie sich vergegenwärtigt, welche Verdrub- und Hungerrufen dieselbe Reichs- und Staatsregierung von ihren eigenen Arbeitern verlangt, soweit sie in den Verwaltungsbeförden tätig sind. Bereits vor einiger Zeit berichteten wir, daß das Reichsverkehrsministerium, obwohl dort nur einige Duzend Arbeiter beschäftigt sind, die unter den Tarifvertrag fielen, es durch seinen Einpruch zustande brachte, daß das Kabinett erst über die verschiedenen Differenzen die Entscheidung fällen mußte. Wenn wir gekostet haben, diese Entscheidung des Kabinetts würde angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Verwaltungsgewerkschaften so schnell wie möglich vor sich gehen, so sind wir bitter enttäuscht worden. Wochenlang schlummerte diese Angelegenheit in der Reichskassette, ohne daß ein Resultat bisher erzielt wurde. Im Augenblick aber, wenn die Arbeiterkassette durch diese Säumnigkeit aufs höchste enttäuscht und zur Verzweiflung getrieben in Aktion tritt, wird dieselbe Regierung der Öffentlichkeit mitteilen: Die Arbeiter haben ja hier nicht den Gang der Verhandlungen abgewartet. Man wird aber der Öffentlichkeit nicht mitteilen, daß diese Gruppe seit Monaten tariflos arbeitet, diese Verfälschung lediglich auf das Vorgehen eines Regierungsvertreters zurückzuführen ist, der es nicht verhehen kann, daß ein Hausarbeiter oder Stanzdiener das gleiche Recht auf das Existenzminimum hat, welches man dem niedrigst bezahlten Eisenbahnarbeiter bereits seit dem 1. Juni zugestanden hat. Darum, Kollegen, seid auf der Wacht! Die Stunde ist nahe, wo Ihr zur Aktion gerufen werdet!

Freistaat Sachsen. Am 20. November tagte im Dresdner Volkshaus die Tarifkommission. Kollege **Preißler** gab bekannt, daß auf Grund des Beschlusses vom 8. September der Manteltarif der sächsischen Staatsarbeiter am 27. September für den 31. Dezember gekündigt wurde. Wir müssen uns nunmehr mit der Frage beschäftigen, ob ein neuer Entwurf eingereicht oder der alte Manteltarif bis zum 31. März 1921 verlängert werden sollte, da der Reichstarif der Staatsarbeiter bestimmt zu erwarten sei. Der Hauptvorstand habe es uns freigestellt, einen neuen Tarif abzuschließen, falls wir in Sachsen in der Lage seien, wesentliche Verbesserungen zu erreichen. Kollege **Biach**-Leipzig forderte den Abschluß eines neuen Tarifes für Sachsen. Man müsse aus politischen Gesichtspunkten zum Abschluß eines neuen Tarifes kommen, selbst wenn man Verbesserungen in den Lauf nehmen müßte. **Deider**-Dresden hatte Bedenken gegen die Ansicht des Kollegen **Biach**. Es sei zu wünschen, daß baldigst eine einheitliche Regelung der Staats-, Reichs-, und Gemeindebetriebe komme. Kollege **Preißler** gab im Schlußwort noch bekannt, daß die bestehenden Reichstarife nicht schlechter seien als unser sächsischer Tarif für die Staatsarbeiter, im Gegenteil, in diesen seien verschiedene Verbesserungen. Folgender Vorschlag wurde mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen:

„Der sächsische Manteltarif wird bis zum 31. März 1921 verlängert. Sollte sich aber im Laufe der nächsten 2 Monate die Verhandlung über den kommenden Reichstarif für die Staatsarbeiter zerbrechen, so ist sofort in Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Manteltarifes für die Staatsarbeiter des Freistaates Sachsen einzutreten.“

Ein neuer vom Kollegen Biach ausgearbeiteter Entwurf soll aber an die einzelnen Mitglieder der Tarifkommission gesandt werden. Diese sollen Abänderungen an ihre Vorseitungen einleiten, damit bei eventuellem Neuabschluss eines sächsischen Tarifes die Arbeit beschleunigt wird. — Kollege Freikler erstattete dann Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Die Zugeständnisse der Regierung sind nur gemacht worden, weil die sächsischen Gemeindearbeiter durch den Streik eine Lohnerhöhung erreicht haben. Die nachstehenden Gruppen der sächsischen Staatsarbeiter erhalten nunmehr ab 1. Oktober 1920 folgende Zulagen: Gelernnte Arbeiter in Ortsklasse 1—3 pro Woche 25 Mk., ungelernnte in Ortsklasse 1—3 pro Woche 20 Mk., ungelernnte in Ortsklasse 1—3 pro Woche 15 Mk.

• Notizen für Gasarbeiter •

Lohnabbau in Frankfurt a. O. Diesen Klarnruf stieß der Direktor der Gaswerke am 7. Dezember bei einer Verhandlung über Lohnerhöhung für die Arbeiter der Gasanstalt im Auftrage des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Frankfurt a. O. aus. Der Tarif für das Werk war aufgesündigt, weil die dort gezahlten Löhne in Anbetracht der außerordentlichen Teuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel nicht mehr zeitgemäß sind. Die ungünstige wirtschaftliche Lage der Gesamtarbeiterschaft führte zu einer gewaltigen Demonstration am 28. November gegen den Lebensmittelpreisanstieg in la Vermeis. Doch was kümmert dies den Arbeitgeberverband. Er will jetzt die Löhne abbauen, wo nach Cammer der Ernährungsbedarf seit Abbruch des Tarifes (1. Juli) von 23,50 Mk. auf 332,61 Mark im Oktober pro Woche und nach Ausschluß von Juni von 40 Mk. auf 53 Mk. im November pro Tag gestiegen ist. Dazu kommt, daß sich der „Segen“ der freien Wirtschaft erst auswirken wird, ganz besonders in einer Zeit, wo das Wirtschaftsleben außerordentlich hohe Anforderungen an den einzelnen aus seine Familie stellt. Dies hat selbst die Direktion des Werkes anerkannt, indem sie den Arbeitern eine größere Summe als Teuerungszuschlag zugestimmt hat. Wir werten die Herren noch in letzter Stunde. Die Gesamtarbeiterschaft Frankfurts wird diesem Plan zu begegnen wissen.

• Aus unierer Bewegung •

Ganz Dortmund und Düsseldorf. Unter besonderen Schwierigkeiten ist es mit den beiden Arbeitgeberverbänden zu Neuabschlüssen der Lohnverträge gekommen. Der Arbeitgeberverband für Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke, dem 70 St. Stundenlohn-erhöhung unterbreitet worden waren, lehnte in der ersten Sitzung das Annehmen rundweg ab. Bei dem zweiten Verhandlungstermin waren außer einer Erhöhung der Minderzulage Zugeständnisse auch nicht zu erreichen. Eine Forderung sei heute kaum angebracht, da die Teuerungverhältnisse vom Mai (wo alles abgeschlossen wurde) noch lange nicht erreicht seien. Graphische Darstellungen auf mehreren Karten sollten uns beschränkten Menschen die Sache begrifflich machen. Statistiken von Kuegelstein, Silbergleit usw. wurden herangeholt, der Ruin der Werke in Aussicht gestellt, ein halbes Duzend Juristen und Direktoren redeten auf und ein, aber alles verminderte und nicht zu überzeugend. Die Verhandlungen wurden zum zweiten Male abgebrochen und die Bitte des Reichsleiters um Inanspruchnahme. Die Sitzung am 10. November brachte zunächst das gleiche Bild. An eine Einigung war nicht zu denken. Nach stundenlangen Beratungen fällt der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses folgenden Spruch: Der als Induzierausgleich bezeichnete Zuschlag auf die bestehenden Löhne vom 28. Juli wird mit Wirkung vom 1. November ab erhöht in Ortsklasse A um 20 Pf., in Ortsklasse B um 40 Pf., in Ortsklasse C um 30 Pf., in Ortsklasse D um 30 Pf., in Ortsklasse E um 20 Pf. die Stunde. Verheiratete und alleinige Ernährer ihrer Familien erhalten ebenfalls vom 1. November außer den obengenannten Erhöhungen ein Hausstandsgeld von 2 Mk. pro Schicht. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Kontrahenten angenommen, wenn auch auf beiden Seiten Widerstände zu besitzigen waren. Der drohende offene Konflikt war vermeiden. — Zu gleicher Zeit wurde der Lohnmarsch, der mit dem Arbeitgeberverbande rheinisch-westfälischer Gemeinden abgeschlossen ist, gesündigt. Da liegen die Dinge meistens noch komplizierter, wenigstens ist man da so. Wir hatten auch da die gleichen Forderungen gestellt, nehm einer Wirtschaftsoberleitung von 300 Mk. Der Arbeitgeberverband hatte uns vor den Verhandlungen bereits einige Vorschläge unterbreitet: Verschiedenermaßen, die er durchzubringen versuchte, im aber nicht das Geringste brachten. Auch hier dasselbe Spiel: den Städten sei die Bewilligung unmöglich. Wo soll die Deckung herkommen werden? Einmal müsse die Schraube doch aufhören usw. Statistiken, Bilder in allen Farben sollten, genau wie in Essen, das Ungerechte der Forderungen beweisen. Aber wie so oft konnten wir uns nach langem Hin und Her doch noch einigen. Es wurde vereinbart, ab 15. De-

zember den Stundenlohn in Ortsklasse A 1 und A 2 um 40 Pf. zu erhöhen, für weibliche um 20 Pf. In Ortsklasse B um 30 Pf., weibliche 16 Pf. in Ortsklasse C männliche 25 Pf., weibliche 15 Pf., in Ortsklasse D und E männliche 20 Pf., weibliche 10 Pf. Zu diesen Löhnen wird für Verheiratete und Unterernährte, welche alleinige Ernährer der Familie sind, ein Hausstandsgeld von 2 Mk. pro Tag gezahlt. Soweit die Gemeindearbeiterlöhne in den Ortsklassen B, C, D und E durch diese Lohnerhöhungen über die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie steigen kann das Mitglied des Arbeitgeberverbandes einen Antrag auf Gleichstellung der Löhne bei der Bezirkschlichtstelle einreichen. Dieser Antrag muß innerhalb 14 Tagen vom Tage der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes abgerechnet, eingereicht sein. Als Stichtag gilt der Tag des Einspruchs. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig. Kinder- und Hausstandsgeld sind gegenseitig anzurechnen. Der Wert der sozialen Einrichtungen (Krankenlohn, Urlaub, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und Aufgeldberechtigung) sowie die etwaigen Erleichterungen in der Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs, bleiben außer Betracht. — Wenn auch in diesem Falle nicht alles „geholt“ werden konnte, so geben wir uns mit dem Erreichten zufrieden, wenn es auch manchem unserer Freunde schwer fällt. Das Geschimpfe über Bettelgroden bringt uns nicht weiter. Im übrigen dürfen sich unsere durch die Organisation herausgehobten Löhne ruhig an die Seite der anderen Arbeitergruppen stellen. In Ortsklasse A 1 bekommt der Handwerker heute 6.— bis 6,20 Mk., der Angelernte mit Verantwortung 5,80 bis 6.— Mk., der Angelernte 5,50 bis 5,90 Mk., der Ungelernte 5,30 bis 5,60 Mk., Frauen für leichte Arbeit 3,70 bis 4.— Mk., dazu für verheiratete 25 Pf. Hausstandsgeld und 37 Pf. Kindergeld, wenn man die Durchschnittsfamilie rechnet. Läßt man die sozialen Einrichtungen außer Betracht, so kommt zu obigen Löhnen pro Stunde noch ein Betrag von 62 Pf. dazu. In einem Ort wie Düsseldorf, Elberfeld, Darmen kommen auf Grund besonderer Teuerung noch 10 Proz. der Löhne hinzu, so daß immerhin von Erträgen, die die Organisation verbuchen kann, gesprochen werden kann. Betrachten wir uns den ersten Abschluß vor etwa anderthalb Jahren, wo der Handwerker 1,85 Pf. die Stunde bekam in der ersten Klasse, so macht es eine Lohnsteigerung von 31,38 Mk. täglich aus oder 188 Mark die Woche. Dazu Kinder- und Hausstandsgeld für Verheiratete. Wenn es auch richtig ist, daß es zum Leben heute immer noch nicht reicht, so muß die Tätigkeit der Organisation doch anerkannt werden. Die Erfolge könnten noch größer sein, wenn die Propaganda der Arbeiter nicht eine so große wäre. Hoffen wir, daß auch das bald beseitigt wird, es liegt nur im Interesse der Arbeiter.

Rönigsberg i. Ostpr. In unserer Filiale lauchten Gerüchte auf, aus denen hervorzog, daß in den Kreisen anderer Gewerkschaften die Meinung besteht, unsere Organisation ermangele des festen inneren Zusammenhalts. Beantwortet wurde diese Ansicht damit, daß insofern kommunikativer Kontakt die politische Zweckmäßigkeit in die Reihen unserer Arbeiterklasse eintragen und dadurch eine Aufklärung unserer bis jetzt geschlossenen Betriebsorganisationen herbeigeführt werde. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes hatte unter Hinweis auf diesen Zustand bereits erklärt, daß sie die Transportarbeiter, daran gehen werden, die Arbeiter des Ruhrwerks, der Streckenreinigung, des Schächts und Viehbofes und des Elektrizitätswerks dem Transportarbeiterverband anzuschließen. Wenn nun auch hierbei wohl in der Hauptstadt der Ruhr der Transportarbeiterverbandes der Vater des Gedankens ist, so muß doch die Tatsache, daß solche Wünsche und Gedanken überhaupt entstehen konnten, unseren Kollegen zu denken geben. In einer Vertrauensmännerversammlung, in welcher der Kollege Müntzer, Berlin, über diese Angelegenheit referierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Dienstag den 7. Dezember 1920, im Gewerkschaftshaus versammelte Vertrauensmänner der Filiale Rönigsberg in Preußen erklären hiermit einmütig, nach wie vor mit aller Kraft dafür einzutreten und dahin zu wirken, daß alle in den städtischen und staatlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter der allein zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, angehören. Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von anderen freigewerkschaftlichen Organisationen geplanten Versuche, einzelne städtische Betriebe oder Gruppen städtischer Arbeiter der Filiale Rönigsberg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu entziehen.“

Die Versammelten erklären ferner, daß sie nach wie vor die Wahrung ihrer Interessen nur gewährleistet sehen im Zusammenhange mit der Gesamtgewerkschaft Deutschlands, die ihre gewerkschaftliche Vertretung ausschließlich im freigewerkschaftlichen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erblickt.“

Durch die einstimmige Annahme dieser Resolution wird klar und fest bezeugt, daß unsere Filiale nach wie vor auf sicherer Grundlage beruht und daß diejenigen, die das Ziel des Vahren bereits erreicht hatten, bei ihren Aufstellungsbestrebungen auf Grund bleiben und nicht auf ihre Rechnung kommen werden.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Volkswirtschaft.

Vereinigungsparteitag der K. P. D. mit der K. S. P. D. links. Auf gemeinsamem Parteitag, vom 8. bis 7. Dezember, haben sich K. P. D. und K. S. P. D. (links) zur Vereinigten Kommunistischen Partei (K. P. V.) durchscholzen. Nach einer Programmrede von Lewi und einem Referat über: „Die Agrarfrage“ von Thalheimer sprach **Ge d e r t** über: „Die Arbeitslosenfrage“. Wir geben daraus unter Fortlassung der Krassheiten auf die Gewerkschaften kurz folgendes wieder:

Es gibt heute in Deutschland über drei Millionen Kurzarbeiter. Nach den heutigen Meldungen haben wir 349 000 unterstützte Arbeitslose. In dieser Zahl sind nur die Empfänger der Unterhaltungen, nicht ihre Familien eingerechnet. Das Reichswirtschaftsministerium stellt fest, daß die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, aber es findet die Erklärung dafür in dem Sturz der Werta. Es ist richtig, daß hier das Arbeitslosenproblem in Verbindung mit der Kaufkraft des deutschen Geldes gebracht wird. Aber die gegenwärtige Krise ist keine nationale Krise, sondern eine der ganzen Weltwirtschaft. Von einem Industriezweig dehnte sich die Krise auf den anderen aus, und je weniger Verdienste die Kapitalisten durch die Produktion machten, desto mehr versuchten sie ihre Verdienste durch den Abbau der Produktionsmittel, durch die Sabotage der Produktion zu machen. In der vergangenen Woche lasen wir, daß in New York Hunderttausende von Arbeitern der Bekleidungsindustrie arbeitslos wurden. In England gibt es fünfhunderttausend Arbeitslose. Wenn wir in Deutschland ein solches Nachlassen der Arbeitslosenziffern sehen, so ist das nur damit zu erklären, daß die deutsche Industrie heute wieder auf dem Auslandsmarkt absetzen kann. Aber diese Möglichkeiten müssen im Laufe der Entwicklung auch die anderen Länder erlangen. Und das Ergebnis kann schließlich nur eine größere Abkopplung, eine weitere Einschränkung der Produktion werden. Nach Weihnachten müssen wir mit einem weiteren Anschwelen der Arbeitslosenziffern rechnen. Und dies in einer Zeit, wo der Bedarf der breiten Massen täglich größer wird. Wir können zwar den Arbeitslosen nicht unmittelbar helfen, aber wir müssen für alle Forderungen der Arbeitslosen kämpfen, damit die Möglichkeit einer solchen Hilfe geschaffen wird. Die Forderungen der Arbeitslosen sind, daß man ihnen eine Unterhaltung in solcher Höhe gewährt, wie sie die beschäftigten Arbeiter haben, und zwar in gleicher Höhe für Männer und Frauen. Dafür müssen wir überall eintreten. Und es darf uns nicht zurückhalten, daß durch die Erfüllung dieser Forderung die Schwierigkeiten des bürgerlichen Systems noch größer werden. Die Arbeitslosen fordern dann auch die Eingliederung in den Produktionsprozeß. Diese Forderung trifft sich mit der Forderung der Produktionskontrolle, die von uns schon lange aufgestellt ist. Nicht dürfen die beschäftigten Arbeiter aus den Betrieben herausgeworfen und dafür Arbeitslose eingestiftet werden, sondern alle müssen in den Betrieben bleiben, und die Arbeitszeit muß allgemein so herabgesetzt werden, daß alle beschäftigt werden können, natürlich bei gleichbleibenden Löhnen.

Eine im Sinne dieses Referats gehaltene Resolution wurde angenommen. Daraus referierte **Brandler** über: „Die Gewerkschaften“. Nach einer einleitenden Schilderung über die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften sagte er:

„Während die deutschen Gewerkschafter zu jener Zeit, da sie weniger als eine Million Mitglieder zählten, wirklich die Lage der Arbeiter verbessern konnten, sind sie heute mit ihren neun Millionen dazu nicht mehr imstande.“

Es folgten dann die obligaten Schimpfereien auf die Gewerkschaftsbürokratie. In der Frage der **Lebensmittelnot** und der **Kostenfrage** empfahl **Brandler**:

„Stadt- und Landarbeiter müssen miteinander in Verbindung treten und gemeinsam kämpfen. Die Kontrolle der Produktion in Stadt und Land muß begonnen, der direkte Austausch in die Wege geleitet werden. Das wird geschehen müssen ohne Erlaubnis der Behörden. Noch ist niemals mit ihrer Erlaubnis eine Revolution gemacht worden. Wir werden die Macht zu dieser revolutionären Lösung der Lebensmittelfrage haben, wenn wir die Massen der Gewerkschaftsmitglieder dazu mobilisieren. — In der **Rohlenfrage** müssen die Bergarbeiter die Rohle kontrollieren für Sicherungen an die Betriebsräte stillgelegter, eingeschänkter Betriebe. Es muß erzwungen werden, daß diese Betriebe auf Verlangen ihrer Betriebsräte mit Rohle beliefert werden. Noch einige Worte zum Sozialistengesetz. Auch hier wollen wir und nicht rein negativ verhalten. Der erste Anfang zu einer wirklichen Sozialisierung, die die Produktion nicht, wie bei den Vorkriegszeiten von Stinnes bis Hilferding, in die Herrschaft einer Kapitalistengruppe oder des kapitalistischen Staates legt, sondern in die Hand der Arbeiterschaft, ist die Kontrolle der Produktion. Im Kampf um sie werden die **Schwindler von Legien-Hilferding** des Sinnes sich als **Schwindler** entbellen.“

Zum Schluß erging sich **Brandler** noch in folgenden „**Lebenswichtigkeiten**“ gegen die Gewerkschaftsinternationale:

„Die Frage der Gewerkschaftsinternationale wird heute benutzt, um die noch fleinbürgerlich-antialtliche Arbeiterschaft gegen den Kommunismus mobil zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale war bis zum Kriege ein ganz loses Gebilde, bestimmt zum internationalen Materialaustausch. **Ursprünglich** von den Sozialpatrioten, den Legien, Toubau, Gogger, Aple-

ton, zerriet sie mit Kriegsausbruch die Arbeiterklasse. Diese Führer beherrschen heute Amsterdam. Amsterdam ist heute das stärkste Bollwerk in den Händen der internationalen Kapitalistenklasse. Durch ihre Verleumdung mit dem Völkerverband über das Internationale Arbeitsamt erweckt die gelbe Internationale konterrevolutionäre Illusionen. Die rote Gewerkschaftsinternationale ist nicht gleichbedeutend mit der kommunistischen Internationale, behauptete **Brandler**. Sie will die Gewerkschaften, die Arbeiter um sich sammeln, die offen und ehrlich gebrochen haben mit dem Burgfrieden und den Arbeitsgemeinschaften, und sich für den Klassenkampf ehrlich entschieden haben. Die rote Gewerkschaftsinternationale fordert kein kommunistisches Bekenntnis. Der Kampf um den Anschluß an sie ist keine Sache der bloßen Propaganda. Der Anschluß der Gewerkschaften an Moskau kann nur in dem Umfange geschehen, als sie tatsächlich revolutionär sind und werden. Nicht um ein bloßes Symbol kämpfen wir, sondern um aktive revolutionäre Kämpfer selbst.“

Die Diskussion bewegte sich im gleichen Rahmen. Nach einem Referat der Frau **Zeitlin** über: „Die Frauenfrage“ wurde die Parteileitung gewählt. Als Vorsitzende **Lewi** und **Däumig**, zu Sekretären **Klara Zeitlin**, **Koenen**, **Brandler**, **Stöcker**, **Pied**, **Wah**, **Nemmelc**, als Beisitzer **Adolf Hoffmann**, **Thalheimer**, **Kurt Wegert**, **Ge d e r t**, **Gabel**.

Staatsarbeiter

Verflechtungspolitik bei der Reichsregierung. Die Reichs- und Staatsregierung ist bekanntlich leichr bei der Hand, die Arbeitererschaft bei frontan ausbrechenden Streiks zu verurteilen, mit dem Hinweis, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft seien. Diese Auffassung darf bei der Arbeitererschaft nicht allzu große Erregung hervorrufen, um so mehr, wenn sie sich vergegenwärtigt, welche Geduld- und Hungerproben dieselbe Reichs- und Staatsregierung von ihren eigenen Arbeitern verlangt, soweit sie in den Verwaltungsbehörden tätig sind. Bereits vor einiger Zeit berichteten wir, daß das Reichsverkehrsministerium, obwohl dort nur einige Tausend Arbeiter beschäftigt sind, die unter den Tarifvertrag fielen, es durch seinen Einspruch zustande brachte, daß das Kabinett erst über die verschiedenen Differenzen die Entscheidung des Kabinetts mühte. Wenn wir gehofft haben, diese Entscheidung des Kabinetts würde angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Verwaltungsarbeiter so schnell wie möglich vor sich gehen, so sind wir bitter enttäuscht worden. Wochenlang schlummerte diese Angelegenheit in der Reichskanzlei, ohne daß ein Resultat bisher erzielt wurde. Im Augenblick aber, wenn die Arbeitererschaft durch diese Säumnigkeit aufs höchste entrüstet und zur Verzeigerung getrieben in Aktion tritt, wird dieselbe Regierung der Öffentlichkeit mitteilen: Die Arbeiter haben ja hier nicht den Gang der Verhandlungen abgewartet. Man wird aber der Öffentlichkeit nicht mitteilen, daß diese Gruppe seit Monaten tariflos arbeitet, diese Verflechtung lediglich auf das Vorgehen eines Regierungsdirektors zurückzuführen ist, der es nicht verhehlen kann, daß ein Hausarbeiter oder Knechtbedienter das gleiche Recht auf das Existenzminimum hat, welches man dem niedrigst bezahlten Eisenbahnarbeiter bereits seit dem 1. Juni zugestanden hat. Darum, Kollegen, seid auf der Wacht! Die Stunde ist nahe, wo Ihr zur Aktion gerufen werdet!

Freikant Sachsen. Am 20. November tagte im Dresdner Volkshaus die Tarifkommission. Kollege **Reißler** gab bekannt, daß auf Grund des Beschlusses vom 8. September der Manteltarif der sächsischen Staatsarbeiter am 27. September für den 31. Dezember gelündigt wurde. Wir müssen uns nunmehr mit der Frage beschäftigen, ob ein neuer Entwurf eingereicht oder der alte Manteltarif bis zum 31. März 1921 verlängert werden solle. Da der Reichstarif der Staatsarbeiter bestimmt zu erwarten sei. Der Hauptvorwand habe es uns freigegeben, einen neuen Tarif abzuschließen, falls wir in Sachsen in der Lage seien, wesentliche Verbesserungen zu erreichen. Kollege **Diach-Weipzig** forderte den Abschluß eines neuen Tarifes für Sachsen. Man müsse aus politischen Gesichtspunkten zum Abschluß eines neuen Tarifes kommen, selbst wenn man Verschlechterungen in den Kauf nehmen müßte. **Deider** drehte die Bedenken gegen die Ansicht des Kollegen **Diach**. Es sei zu wünschen, daß baldigst eine einseitige Regelung der Staats-, Reichs- und Gemeindebetriebe komme. Kollege **Reißler** gab im Schlußwort noch bekannt, daß die bestehenden Reichstarife nicht schlechter seien als unser sächsischer Tarif für die Staatsarbeiter, im Gegenteil, in diesen seien verschiedene Verbesserungen. Folgender Vorschlag wurde mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen:

„Der sächsische Manteltarif wird bis zum 31. März 1921 verlängert. Sollte sich aber in Laufe der nächsten 2 Monate die Verhandlung über den kommenden Reichstarif für die Staatsarbeiter zerbrechen, so ist sofort in Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Manteltarifes für die Staatsarbeiter des Freikantons Sachsen einzutreten.“

Ein neuer vom Kollegen **Diach** ausgearbeiteter Entwurf soll über an die einzelnen Mitglieder der Tarifkommission gesandt werden. Diese sollen Änderungen an ihre Gausleitungen einfordern, damit bei eventuellem Neuaufschluß eines sächsischen Tarifes die Arbeit beschleunigt wird. — Kollege **Freihler** erlittete dann Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Die Zugeständnisse der Regierung sind nur gemacht worden, weil die sächsischen Gemeindefabrikanten durch den Streik eine Lohnserhöhung erreicht haben. Die nachstehenden Gruppen der sächsischen Staatsarbeiter erhalten nunmehr ab 1. Oktober 1920 folgende Zulagen: Gelernete Arbeiter in Ortsklasse 1—3 pro Woche 25 Mt., angelernte in Ortsklasse 1—3 pro Woche 20 Mt., ungelernete in Ortsklasse 1—3 pro Woche 15 Mt.

• **Notizen für Gasarbeiter** •

Lohnabbau in Frankfurt a. O. Diesen Alarmruf stieß der Direktor der Gaswerke am 7. Dezember bei einer Verhandlung über Lohnserhöhung für die Arbeiter der Gasanstalt im Auftrag des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Frankfurt a. O. aus. Der Tarif für das West war aufgeschlüsselt, weil die dort gezahlten Löhne in Anbetracht der außerordentlichen Teuerung aller Lebens- und Verbrauchsmittel nicht mehr zeitgemäß sind. Die ungünstige wirtschaftliche Lage der Gesamtarbeiterschaft führte zu einer gewaltigen Demonstration am 28. November gegen den Lebensmittelhändler **à la Vermees**. Doch was kümmert dies den Arbeitgeberverband. Er will jetzt die Löhne abbauen, wo nach Calmer der Ernährungsbedarf seit Abschluß des Tarifes (1. Juli) von 238,50 Mt. auf 332,61 Mark im Oktober pro Woche und nach Ausschluß von Juni von 40 Mt. auf 53 Mt. im November pro Tag gestiegen ist. Dazu kommt, daß sich der „Segen“ der freien Wirtschaft erst auswirken wird, ganz besonders in einer Zeit, wo das Wirtschaftsleben außerordentlich hohe Anforderungen an den einzelnen wie an seine Familie stellt. Dies hat selbst die Direktion des Gaswerks anerkannt, indem sie den Arbeitern eine größere Summe als Teuerungsvorschlag zugestimmt hat. Wir warnen die Herren noch in letzter Stunde. Die Gesamtarbeiterschaft Frankfurts wird diesem Plan zu begegnen wissen.

• **Aus unserer Bewegung** •

Gaue Dortmund und Düsseldorf. Unter besonderen Schwierigkeiten ist es mit den beiden Arbeitgeberverbänden zu Neuausschlüssen der Lohnstarke gekommen. Der Arbeitgeberverband für Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke, dem 70 Pfd. Stundenlohnserhöhung unterbreitet worden waren, lehnte in der ersten Sitzung des Antrages rundweg ab. Bei der zweiten Verhandlungssitzung waren außer einer Erhöhung der Stundenlohnzulage Zugeständnisse auch nicht zu erreichen. Eine Verbesserung sei heute kaum anzudeuten, da die Teuerungverhältnisse von Mai (wo zuletzt abgeschlossen wurde) noch lange nicht erreicht seien. Graphische Darstellungen auf meterhohen Karten sollten uns beschränkten Menschen die Größe begrifflich machen. Statistiken von **Kuczynski**, **Silbergleit** usw. wurden herangezogen, der Ruin der Werke in Aussicht gestellt, ein halbes Dutzend Juristen und Direktoren redeten auf und ein, aber alles vergeblich und nicht zu überzeugen. Die Verhandlungen wurden zum zweiten Male abgebrochen und die Hilfe des Reichskommissars in Anspruch genommen. Die Sitzung am 10. November brachte zunächst das gleiche Bild. In einer Einigung war nicht zu denken. Nach stundenlangen Beratungen faßte der Vorstehende des Schlichtungsausschusses folgenden Spruch: Der als Industrieausgleich bezeichnete Zuschlag auf die bestehenden Löhne vom 28. Juli wird mit Wirkung vom 1. November ab erhöht in Ortsklasse A um 20 Pfd., in Ortsklasse B um 40 Pfd., in Ortsklasse C um 30 Pfd., in Ortsklasse D um 30 Pfd., in Ortsklasse E um 20 Pfd. die Stunde. Verheiratete und alleinige Ernährer ihrer Familien erhalten ebenfalls vom 1. November außer den obengenannten Erhöhungen ein Hausstandsgeld von 2 Mt. pro Schicht. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Kontrahenten angenommen, wenn auch auf beiden Seiten Widerstände zu besichtigen waren. Der drohende offene Konflikt war vermeiden. — Zu gleicher Zeit wurde der Lohnstarke, der mit dem Arbeitgeberverbande rheinisch-westfälischer Gemeindefabrikanten abgeschlossen ist, gekündigt. Da liegen die Dinge meistens noch komplizierter, meistens mit nur da. Wir hatten auch da die gleichen Forderungen gestellt, meist eine Wirtschaftsschädigung von 500 Mt. Der Arbeitgeberverband hatte uns vor den Verhandlungen bereits einige Vorschläge unterbreitet: Verschiedenungen, die er durchzuführen versuchte, in aber nicht das Gemünschte brachten. Auch hier dasselbe Spiel: den Städten sei die Bewilligung unmöglich. Wo soll die Deckung hergenommen werden? Einmal müßte die Straube doch aufhören um, statistischen Bildern in allen Farben folgen, genau wie in Essen, das Ungerechte der Forderungen beweisen. Aber wie so oft konnten wir uns nach langem Hin und Her doch noch einigen. Es wurde vereinbart, ab 15. De-

zember den Stundenlohn in Ortsklasse A 1 und A 2 um 40 Pfd. zu erhöhen, für weibliche um 20 Pfd. In Ortsklasse B um 30 Pfd., weibliche 15 Pfd. in Ortsklasse C männliche 25 Pfd., weibliche 15 Pfd., in Ortsklasse D und E männliche 20 Pfd., weibliche 10 Pfd. Zu diesen Löhnen wird für Verheiratete und Unverheiratete, welche alleinige Ernährer der Familie sind, ein Hausstandsgeld von 2 Mt. pro Tag gezahlt. Soweit die Gemeindefabrikanten in den Ortsklassen B, C, D und E durch diese Lohnserhöhungen über die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie steigen kann das Mitglied des Arbeitgeberverbandes einen Antrag auf Gleichstellung der Löhne bei der Bezirkschiedsstelle einreichen. Dieser Antrag muß innerhalb 14 Tagen vom Tage der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes abgerechnet, eingereicht sein. Als Stichtag gilt der Tag des Eintrages. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig. Kinder- und Hausstandsgeld sind gegenseitig anzuziehen. Der Wert der sozialen Einrichtungen (Krankenlohn, Urlaub, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und Kurergeldberechtigung) sowie die etwaigen Erleichterungen in der Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs, bleiben außer Betracht. — Wenn auch in diesem Falle nicht alles „geholt“ werden konnte, so geben wir uns mit dem Erreichten zufrieden, wenn es auch manchem unserer Freunde schwer fällt. Das Geschimpfe über Bettelgroßchen bringt uns nicht weiter. Im übrigen dürfen sich unsere durch die Organisation herausgehobten Löhne ruhig an die Seite der anderen Arbeitergruppen stellen. In Ortsklasse A 1 bekommt der Handwerker heute 6.— bis 8.20 Mt., der Angelernte mit Verantwortung 5.80 bis 6.— Mt., der Angelernte 5.50 bis 5.90 Mt., der Ungelernte 5.30 bis 5.60 Mt., Frauen für leichte Arbeit 3.70 bis 4.— Mt. dazu für verheiratete 25 Pfd. Hausstandsgeld und 37 Pfd. Kindergeld, wenn man die Durchschnittsfamilie rechnet. Läßt man die sozialen Einrichtungen außer Betracht, so kommt zu obigen Löhnen pro Stunde noch ein Betrag von 62 Pfd. dazu. In einem Orte wie Düsseldorf, Elberfeld, Barmen kommen auf Grund besonderer Teuerung noch 10 Proz. der Löhne hinzu, so daß immerhin von Erfolgen, die die Organisation herbeiführen kann, gesprochen werden kann. Betrachten wir uns den ersten Abschluß vor etwa anderthalb Jahren, wo der Handwerker 1.95 Pfd. die Stunde bekam in der ersten Klasse, so macht es eine Lohnsteigerung von 31.28 Mt. täglich aus oder 188 Mark die Woche. Dazu Kinderlohn und Hausstandsgeld für Verheiratete. Wenn es auch richtig ist, daß es zum Leben heute immer noch nicht reicht, so muß die Tätigkeit der Organisation doch anerkannt werden. Die Erfolge könnten noch größer sein, wenn die Revolutionierung der Arbeiter nicht eine so große wäre. Hoffen wir, daß auch das bald beseitigt wird, es liegt nur im Interesse der Arbeiter.

Königsberg i. Chr. In unserer Filiale tauchten Gerüchte auf, aus denen hervorging, daß in den Kreisen anderer Gewerkschaften die Meinung besteht, unsere Organisation ermangele des festen inneren Zusammenhalts. Betrachtet wurde diese Ansicht damit, daß insolge kommunistischer Intrigen die politische Zwietracht in die Reihen unserer Kolonnenkette getragen und dadurch eine Auflösung uniere; bis jetzt abgeschlossen Betriebsorganisation herbeigeführt werde. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes hatte unter Hinweis auf diesen Zustand bereits erklärt, daß die die Transportarbeiter, daran gehen werden, die Arbeiter des Fuhrwerks, der Straßenreinigung, des Schlacht- und Viehhofes und des Elektrizitätswerks dem Transportarbeiterverband anzuschließen. Wenn nun auch dieses wohl in der Hauptsache der Wunsch des Transportarbeiterverbandes der Vater des Gedankens ist, so muß doch die Tatsache, daß solche „Wünsche“ und Gedanken überhaupt entstehen konnten, unseren Kollegen zu denken geben. In einer Vertrauensmännerversammlung, in welcher der Kollege **Müntzer**, Berlin, über die Anwesenheit referierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Dienstag den 7. Dezember 1920, im Gewerkschaftshaus versammelten Vertrauensmänner der Filiale Königsberg in Preußen erklären hiermit einmütig, nach wie vor mit aller Kraft dafür einzutreten und dahin zu wirken, daß alle in den sächsischen und hessischen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Kolonnen und Arbeiter der allein autorisierten Organisation, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, angehören. Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von anderen freigeistlichen Organisationen besandten Versuche, einzelne sächsische Betriebe oder Gruppen sächsischer Arbeiter der Filiale Königsberg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu entreißen.“

Die Versammelten erklären ferner, daß sie nach wie vor die Forderung ihrer Interessen nur gewissermaßen in Zusammenhang mit der Gesamtorganisation Deutschlands, die ihre gewerkschaftliche Vertretung ausschließlich im freigeistlichen Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter erblickt.

Durch die einstimmige Annahme dieser Resolution wird klar und fest behauptet, daß unsere Filiale nach wie vor auf solidem Grunde steht und daß diejenigen, die das Best des Varen bereits verliert hatten, bei ihren Aufstellungsforderungen auf Grund bleiben und nicht auf ihre Rechnung kommen werden.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Protesterklärung gegen den Antifreierlaß des Reichspostministers haben eine Anzahl Verbände der Postangestellten und der Deutsche Eisenbahnenverband Herrn Sieberts unterm 7. Dezember überhandt. Sie lautet:

„Unter Bezugnahme auf Notizen in Tageszeitungen und durch mündlich in den Organisationsbüros der hier unterfertigten Arbeitnehmerorganisationen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingegangene Zuschriften aufmerksam geworden, sehen wir uns genötigt, an den Herrn Reichspostminister die Anfrage zu richten, ob es wahr ist, daß der Herr Reichspostminister die hier unten folgende Telegrammverfügung an die Oberpostdirektionen und die sonst nachgeordneten Dienststellen des Reiches erlassen hat:

„Gegen Beamte, die streikten oder ihre Untertän zum Dienst kund, an, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hülfsmittel, die sich dieser Bewegung anschließen, werden fruchtlos entlassen.“

Trotz der Erlass dieser Verfügung zu, so sind die hier unterfertigten Arbeitnehmerorganisationen gezwungen, an den Herrn Reichspostminister die weitere Frage zu richten: warum ist mit den Führern dieser Organisationen der Beamten und Lohnangestellten nicht vor dem Erlass in einer gemeinsamen Sitzung Stellung genommen worden, um zu einer Klärung zu kommen? Es wirkt ferner befremdend, daß bei hier in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bis zum heutigen Tage keine Abschrift von dem Erlass zugefickt worden ist. Die hier unterfertigten Arbeitnehmerorganisationen der Beamten und Lohnangestellten erheben ganz entschieden Protest gegen ein derartiges Vorgehen und wagen zu behaupten, daß dies einen Vorstoß gegen Koalitionsrecht und Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen der Beamten und Lohnangestellten des Betriebes der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bedeutet.

Einnützig bringen wir durch eigenhändige Unterschrift für die hier in Frage kommenden Organisationen zum Ausdruck: Bild den mit Recht erhobenen Forderungen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht Rechnung getragen, dann sehen wir uns gezwungen, von dem uns zu stehenden Streikrecht auch gegen den Erlass dieser Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.“

Rundschau

Wann können wir kommunalisieren? Wenn im neuen Berlin sozialistische Ideen und Ziele verwirklicht werden sollen, haben die Kollegen in den städtischen Betrieben die unbedingte Pflicht, zu diesen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Die Zeit der gedankenlosen Fragen ist vorüber. Schlagworte sind genug geprägt worden. Was uns retten kann, ist nur die klare Erkenntnis dessen, was uns fehlt. Tatsache ist, daß die ganzen Probleme nur gelöst werden können, wenn jeder Kollege einerseits von der Notwendigkeit sozialistischer Wahrheit unbedingt überzeugt, andererseits aber auch gewillt ist seine ganze Person und Arbeitskraft in die Dienste der guten Sache zu stellen. Der Streik in den städtischen Betrieben hat uns unsterblich klärt. Diese Tatsache möchte man jedem Kollegen in den Kopf hineinstämmern. Dazu haben wir eine verloren noch wir unterliegt zur Verwirklichung jeder kommunalisierungsbestrebungen brauchen, die Sympathie der Bevölkerung. Die notwendige Zwangsmaßnahme während und nach dem Kriege hat in weiten Kreisen der Bürgerschaft berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen. Dieses bezog sich nicht nur auf die leitenden Stellen, sondern auch auf die in den betreffenden Betrieben beschäftigten Kollegen. Die Gründe für diese bedauerliche Erscheinung sind einerseits die ungenügende Beförderung, andererseits aber auch die nicht immer sachgemäße und gewissenhafte Tätigkeit der in Frage kommenden Personen. Die gründlich Beförderung zu schaffen, ist oberstes Gebot. Wenn jeder Kollege und jeder Angestellte sich als Verwalter des städtischen Eigentums betrachtet welches in seinem Tätigkeitsfeld liegt und worüber er der Allgemeinheit gegenüber verantwortlich ist, wird das Mißtrauen verschwinden. Das Haupterfordernis für die Verwirklichung einer guten Idee, der Glaube an ihr, wird dann auch hier den Erfolg garantieren. Mit diesen rein moralischen Betrachtungen ist uns allein nicht gedient. Wollen wir kommunalisieren, müssen wir auch den Beweis der Lebensfähigkeit erbringen. Auch hier helfen wir mit einem berechtigten Vorurteil der städtischen Bevölkerung zu rechnen. Man ist allgemein der Meinung, daß in den städtischen Verwaltungsjstellen es allzusehr an kaufmännischen Grundfähigkeiten mangelt. Tatsache ist, daß während der Zwangswirtschaft die Hauptrolle der Kommunen darin bestehen mußte, um jeden Preis die Ernährung der Bevölkerung soweit wie möglich sicherzustellen. Es ist möglich, daß durch diese Maßnahmen Millionen auf Kosten der Steuerzahler verlorengegangen sind. Dazu kommt noch, daß

man allgemein der Meinung ist, die einzelnen städtischen Verwaltungsjstellen wirtschaftlich sozial und unbefähigt um die Rentabilität, weil ja der Magistrat alles bezahlt! Natürlich auch auf Kosten der Steuerzahler. Hier muß Beförderung und Aufführung erfolgen. Wenn nun die Kommunalisierung sich rentabel gestalten soll, müssen die Kollegen nicht nur moralisch, sondern auch tätlich eingreifen. Die Privatunternehmen machen auch heute noch gänzlichende Geschäfte. Sie verstehen richtig zu kalkulieren. Sie verstehen aber auch aus ihren Arbeitern soviel wie eben möglich herauszuspressen. Der Mehrwert der Arbeitsleistung dem Lohn entsprechend, ist ihr Verdienst, wofür sie schmunzelnd einreden. Auch wir müssen Mehrwert leisten, sollen kommunalisierte Betriebe rentabel bleiben. Wenn die Arbeiter in den städtischen Betrieben in diesem Sinne arbeiten, dann haben sie auch ein Recht, Kontrolle auszuüben und dafür zu sorgen, daß es in die obersten Instanzen hinein auch in diesem Sinne gewirkt wird. Dieses gemeinsame Ziel, sozialistische Ideen in die Tat umzusetzen, ist auf das beste Mittel, die Gegenüber in der Kollegenchaft auszurollen. Praktische gemeinsame Arbeit ist das beste Bindemittel. Doch, Feindschaft und Verdrüssung können dagegen nicht aufkommen. Die der einzelne Betrieb als Ursache des ganzen wirtschaftlichen Organismus betrachtet werden muß, kann letzterer sich nur lebensfähig gestalten, wenn die Zelle selbst gesund ist. **Krewerth.**

Kinder in Not.

Lauf geht ein Hirsut: Kinder in Not!
Sie dürfen noch Milch und hungern nach Brot,
Trotz die Milch wird gebraucht zu Kuchen und Butter,
Und seit wird das Schwein, hat es Korn als Futter.
Die Suppe der Reichen ist dünn und schal —
Das Fleisch vom Schwein dient dem Reichen zum Nacht,
Hungert und dieß an des Schlichters Schreiben
Dürren sie sich die Nase reiten.

Lauf geht ein Hirsut: Kinder in Not!
Nach brauchen sie Butter und Schmalz auf Brot,
Die sind für des Reichen Junge und Wagen,
Die Reichen können Brotkrumen wegen,
Rohrströme lassen und Wafferwaren —
Brot süßen Schiefer und Waderwaren
Bei Zahne und Kuchen im Raffehaus —
Die Kinder trägt man zum Kirchhof hinaus.

Lauf geht ein Hirsut: Kinder in Not!
Reichlos verfallen sie Eieckum und Tod,
Schuldlose Wesen darten und streiten!
Woh es Euch nicht an der Seele kühlen?
Woh schmachvolles Wort doch: Kinder in Not!
Woh! Euch die Scham nicht die Sitzen rot?
Stoßt Euch der Feindschaft nicht in der Brust,
Die Ihr schlemmt in Reichtum und Lust? **Otto Geyerl.**

Verbandssteil

Zahlung der 53. Beitragswache.
Wir weisen erneut darauf hin, daß für das Jahr 1920 die 53. Beitragswache fällig ist. Pünktlich muß der Verband laufend, also auch während der die 52. Woche überschreitenden Tage seine Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber erfüllen und Unterstellungen usw. zahlen. Daraus ergibt sich, daß nach bestimmten Zeitfristigkeiten, leb malig geschah bis 1913, eine 53. Woche auch an Beiträgen bezahlt werden muß. Die Mitglieder seien deshalb darauf hingewiesen, daß zur Aufrechterhaltung ihrer Rechte die Zahlung der 53. Woche notwendig ist. **Die Ortsverwaltung.**

Filiale Groß-Berlin.

Wichtig! Arbeitslose und pensionierte Mitglieder!
Die Auszahlung der von der Generalversammlung beschlossenen Weihnachtunterstützung für die arbeitslosen und auch die bedürftigen pensionierten Mitglieder findet vom 20. bis 24. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Ortsbureau, Johannisstr. 14/15, Zimmer 4, statt.

Diejenigen arbeitslosen Mitglieder, welche die gemeindliche Arbeitslosenunterstützung beziehen, erhalten 30 Mk., diejenigen, welche die gemeindliche Arbeitslosenunterstützung abgelehnt worden ist, erhalten 60 Mk. Bedingung ist 26wöchige Beitragsleistung und Arbeitslosigkeit mindestens vom 6. Dezember ab. Ausweis: Mitgliedsbuch oder Karte und für die Arbeitslosen außerdem die Arbeitslosenkontrollkarte.

Die Ortsverwaltung.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Einzelbetriebe in Magdeburg, Hermannstraße 10, Druckerei des Verbands, Berlin, S. W. 46, Lindenstr. 3